

ver.di

vau

UNSERE ZEITUNG FÜR DIE
BERLINER FINANZÄMTER

Informationen | Meinungen | Analysen | Termine | Links

27.01.2022

Parlamentsbeschluss zur Coronaprämie

Abgeordnetenhaus beschließt Prämie für Berliner Beamtinnen und Beamte

Heute hat das Abgeordnetenhaus den Gesetzentwurf der Regierungsfractionen (SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke) zur Zahlung einer Coronaprämie für Berliner Beamtinnen und Beamte in zweiter Lesung beschlossen. Damit erfolgt die Übertragung auf die Beamtinnen und Beamten analog der anstehenden tarifvertraglichen Zahlung an die Tarifbeschäftigten aufgrund des Tarifabschlusses im November 2021. Der Haushaltsausschuss hatte den Antrag am 19.01. mit Zustimmungsempfehlung an das Abgeordnetenhaus weitergeleitet. Der Antrag wurde mit den Stimmen der Regierungsfractionen und der CDU angenommen. Die FDP hat den Antrag abgelehnt.



Das Gesetz muss nun noch zeitnah im Amtsblatt verkündet werden. Dann ist der Weg frei für eine rechtzeitige Auszahlung bis Ende März, um die Steuerfreiheit des Betrages aufgrund gesetzlicher Regelungen in Anspruch nehmen zu können.

Damit erhalten nun auch die Beamtinnen und Beamten eine steuer- und abgabenfreie Sonderzahlung von 1.300,- Euro, die Anwärterinnen und Anwärter eine Prämie i.H. von 650 €. Teilzeitkräfte erhalten eine Prämie entsprechend ihres Anteils an der regelmäßigen wöchentlichen Arbeitszeit. Damit wird das Ergebnis der Tarifverhandlungen der Länder für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer inhaltsgleich übernommen, das entspricht der von ver.di an die Politik übermittelten Forderung.

Die Umsetzung der prozentualen Erhöhung der Besoldung um 2,8 % ab 01.12.2022 (analog der Tarifbeschäftigten) hat das Abgeordnetenhaus mit dem o.g. Beschluss noch nicht verabschiedet. Der gesonderte Gesetzentwurf für die Coronaprämie erfolgte ausschließlich um eine Auszahlung (brutto für netto) sicherzustellen. Laut Wortprotokoll der Beratung im Abgeordnetenhaus haben die Regierungsfractionen eine klare Absichtserklärung zur Übertragung des Tarifergebnisses auf die Beamtinnen und Beamten zum Ausdruck gebracht. Wir behalten die Entwicklung über diesen zweiten Schritt selbstverständlich im Blick und werden berichten.